

Bezugspreis:

Vierteiljährlich 6,75 RM, monatlich 2,25 RM...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die Heftbeigebundene Anzeigenspalte...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Donnerstag, den 28. November 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Gegen die Verschärfung der Blockade

Deutsche Note gegen die verschärfte Blockade

Unterbindung der letzten Zufuhren und der Seefischerei.

Die von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission...

I. Gemäß XXXIV des Waffenstillstandsvertrages ist die internationale Waffenstillstandskommission eingeleitet worden...

II. Am 18. 11. sind schriftliche Bitten um Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen zur See übergeben worden.

III. Es sind bisher weder die Vertreter, noch die Antworten auf die schriftlich gestellten Fragen eingetroffen.

IV. Die Erörterung der Fragen erduldet keinen Aufschub, da das deutsche Volk noch schlimmeren Hunger leiden muß als bisher.

V. Es widerspricht dem Wesen eines Vertrages, daß bestimmte Punkte desselben von der Verhandlung einseitig ausgeschlossen werden...

Sicherstellung der Archive.

Der Vollzugsrat gegen Solf.

Berlin, 27. November. Die Reichsregierung hat heute beschlossen, daß alle politischen Archive...

Amtlich. Der Vollzugsrat hat den Rat der Volksbeauftragten erucht.

1. Schnelligst zu veranlassen, daß Herr Solf aus seiner Stellung ausscheidet.

2. unter Zuziehung von Mitgliedern des Vollzugsrates für die Beschlagnahme und Bewachung aller die auswärtigen Angelegenheiten und aller das gestürzte Regierungssystem betreffenden Akten unverzüglich Sorge zu tragen.

Der Nationalversammlung näher!

Berlin, 27. November. Die Verhandlungen über die Vorlage des Reichstags des Innern betreffend die Wahlen zur Nationalversammlung...

Ahnung völkerrrechtswidriger Gefangenbehandlung.

Eine Untersuchungskommission.

Der Rat der Volksbeauftragten hat die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völkerrrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen...

Die Auswahl der Persönlichkeiten beweist, welche außerordentliche Bedeutung die Reichsleitung dieser Frage beimißt.

Die Amterverteilung im preussischen Ministerium.

Amtlich. Innerhalb der preussischen Regierung (Staatsministerium) bilden Hirsch, Stroebel, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann und Dr. Rosenfeld das politische Kabinett.

Waffenstillstands-Rundgebung der Pariser Arbeiterschaft.

Bern, 26. November. Laut „Populaire“ fand Sonntagabend in Paris im Cirque d'Hiver eine große Versammlung der Confédération Générale du Travail...

Jouhaux verlas sein Programm zur Regelung des Krieges und zur definitiven Wiederherstellung des Friedens.

Die Abgeordnete verlangte Verstaatlichung der Eisenbahnen und Transportmittel.

Nach Schluß der Versammlung marschierten um 11 Uhr abends geschlossene Trupps nach der Place de la République, wo die Internationale gesungen wurde.

Die Schlachtopfer.

Oesterreich 817 000 Tote bis Mai 1918.

Wien, 27. November. (Holländisch Nieuwsbüro.) Eine parlamentarische Korrespondenz veröffentlicht auf Grund der amtlichen Verlustlisten eine Zusammenstellung der Verluste Oesterreichs im Kriege.

Die Gesamtverluste der englischen Flotte vom Kriegsausbruch bis zum 11. November 1918 betragen nach Mitteilung der Admiralität 39 766 Mann...

Bethmanns Verteidigung.

Der Ruf nach dem Staatsgerichtshof.

Herr v. Bethmann hat einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Verteidigungsrede diktiert, die gestern früh in dem Blatte abgedruckt war.

Herr v. Bethmann bemüht sich um den Beweis, daß er den Krieg nicht absichtlich herbeigeführt habe und rennt damit offene Türen ein.

Es ist vollkommen richtig, daß wir Oesterreich beigegeben haben, als es nach dem Attentat von Sarajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärte...

Bethmann erklärt dann glaubhaft, er habe den Wortlaut des österreichischen Ultimatus vorher nicht gefannt, als er ihn kennen lernte, habe er ihn für „zu scharf“ gehalten.

Bethmann schildert dann seine Bemühungen, den ins Rollen geratenen Wagen wieder zu bremsen.

Gewiß hätte Herr v. Bethmann die foffbare Tafel des Weltfriedens gern erhalten, er hat aber nicht gehindert, daß sie so lange am Tischrand hin und her geschoben wurde...

Bethmann setzt auseinander, daß er bestrebt gewesen sei, den österreichisch-serbischen Konflikt zu isolieren, ein Vorgehen, das nur an Rußland gescheitert sei.

Sie erinnern sich, daß England zu diesem Zweck zuerst eine Konferenz vorschlug, sich dann aber ausdrücklich unserm Vorschlag eines direkten Meinungsaustausches zwischen Wien und Petersburg schloß.

Die Einsicht, daß man sich von Oesterreich nicht in einen Weltbrand hineinziehen lassen dürfe, kam fünf Minuten nach zwölf, nachdem man fünf Minuten vor zwölf Oesterreich versichert hatte, man werde es auch auf kriegerische Konflikte ankommen lassen...

Der ehemalige Reichskanzler sagt dann, daß man Eljasz-Bohringen nicht richtig behandelt habe, und borgt, daß er für diese falsche Behandlung mitverantwortlich ist. Ueber Belgien sagt er:

Es ist bekannt, wie die ungeliebte Rot- und Zwangslage, welche unseren Einmarsch in Belgien herbeiführte, und nicht nur den Ruf des Barbaren, sondern auch den Vorwurf des am Kriege Schuldigen eingetragen hat. Ich habe am 4. August offen und ehrlich über Belgien gesprochen. Sie wissen, wie mir meine damaligen Worte später von einem großen Teil unserer öffentlichen Meinung als Verbrechen angedreht worden sind. Ich bleibe noch heute bei jedem meiner damaligen Worte stehen und habe ihnen nichts hinzuzufügen.

Hier wäre wieder eine wichtige Frage aufzuklären. Hat Wehmann vor dem bevorstehenden Einmarsch nach Belgien gewarnt oder nicht gewarnt? Es gibt Leute, die behaupten, er sei von der Tatsache überrascht worden. Später ist Wehmann niemals auf seinen Auspruch vom 4. August zurückgekommen, der, ins Bewußtsein des deutschen Volkes gehämmert, das ganze blödsinnige Annexionsgeschrei zum Schweigen gebracht hätte, er ist den späteren Versuchen, sein Wort von damals für nichtig zu erklären, nicht entgegengetreten, sondern hat sich noch an ihnen beteiligt.

Gang will indes auch Wehmann die deutschen Machthaber von der Schuld nicht reinwaschen, er sagt vielmehr:

Vor allem aber müssen wir zugeben, daß wir durch Mängel unseres Nationalcharakters und Sünden unseres allgemeinen Charakters zu der kriegerischen Hochspannung beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, die als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen, als brutale Treibereien haben und im Ausland und Inland größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvollste Gegenlage geführt hat.

Aber für die Schwächeren der Hohenzollern und der Alldeutschen, für die „sogenannte Flottenpolitik“ trägt Wehmann die Verantwortung. Wir Sozialdemokraten haben dieses verhängnisvolle Treiben bis aufs äußerste bekämpft und wurden dafür verleumdet und verfolgt. Herr v. Wehmann hat es in seiner Sünden Blüte gegen uns verteidigt und gebett. Seine Reue kommt zu spät!

Eine andere Seite des vielverwickelten Problems wird in folgender Aufschrift berührt:

Die furchtbare Katastrophe, deren beklagenswertes Opfer Deutschland ist, verlangt Sühne. Wenn aber ein Feind wie Clemenceau danach ruft, so ist Vorsicht geboten. Clemenceau will das alte Prinzip der französischen Politik wieder aufnehmen, die möglichst erlähmte Reichseinheit in Trümmer schlagen und ohnmächtige deutsche Teilstaaten am Gängelbande führen. Der „Lump“, das mit dem französischen Ministerium des Aeußeren in inniger Verbindung arbeitende Haupt des französischen Delegierten zur Friedenskonferenz, Tardieu, schreibt mit rühmlicher Klarheit:

Unsere Rolle wird hauptsächlich darin bestehen, im Interesse des allgemeinen Friedens darüber zu wachen, daß diejenigen deutschen Länder, die zur Selbstregierung am befähigsten sind, von dem preussischen Staate weder veräußert noch unterdrückt werden, — von dem preussischen Staate, den seine Verantwortung dazu veranlaßt, noch auf lange Zeit hinaus die Rolle der Reaktion und des Militarismus zu spielen. Bedenken wir uns methodisch aller wirtschaftlichen und finanziellen Mittel, sogar auch der sich bietenden militärischen, um diese dankverheißende Mission zu erfüllen.

In welchem Zusammenhange diese verwerfliche Forderung mit den Clemenceaus Entwürfen steht?

Clemenceau, der die französischen Sozialisten in der Kammer durch Stellung der Vertrauensfrage von jeder Erweiterung der Waffenstillstandsbedingungen ausschließt, der freilebende Arbeiter mit Hulder und Meil zur Ruhe gebracht hat, will die Schuld Deutschlands von deutschen Regierungsmitgliedern feststellen lassen, um auf der Friedenskonferenz dessen Schadenersatz für die Verwüstungen in Nordfrankreich zu fordern, um den vor dieser Milliardenlast zurückweichenden Sünden Deutschlands vom Norden abzusplittern. Mag auch die radikalste Regierung

in Deutschland erklären, mit ihren Vorgängerinnen nichts gemein zu haben, völkerrrechtlich hat sie das Geschäft mit allen Aktiven und Passiven übernommen und wird von Clemenceau, der ein schlechter Berater für deutsche Sozialdemokraten ist, rücksichtslos für die Sünden der früheren Geschäftsführer zur Verantwortung gezogen werden.

Bayern gegen Solf. Abbruch der Beziehungen?

Die Münchener amtliche Korrespondenz Hoffmann meldet: Vom Ministerium des Aeußeren wurde nachstehendes Telegramm gestern abend an den bayerischen Gesandten in Berlin zur Uebermittlung an das auswärtige Amt gesandt:

Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des auswärtigen Amtes fortzusetzen, das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrogen, veranlassen das Ministerium des Aeußeren des Volkstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des auswärtigen Amtes abzubrechen. Kurt Eisner.

Eisner hat damit einen Schritt getan, der der Reichsleitung ihre schwierige Lage gerade nicht erleichtert. Dr. Solf hat sich in bester Absicht in den Dienst der republikanischen Regierung gestellt, aber natürlich kann er nicht aus seiner Haut heraus und sieht die Dinge mit seinen Augen. Als der Konflikt mit Eisner entstand, hat Solf sofort seinen Rücktritt an, über den noch verhandelt wird.

Warum von München aus der Bogen so überspannt wird, versteht man in Berlin nicht. Mißtrauische glauben sogar schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichsruhmerruna einen billigen Frieden erkaufen. Dem steht die strikte Erklärung Eisners für die Erhaltung der Reichseinheit gegenüber. Wir glauben aber nicht, daß Eisner auf dem richtigen Wege ist, die Reichseinheit zu festigen und bessere Friedensbedingungen für Deutschland zu erreichen.

Auf derselben Linie wie der Brief Eisners liegt der nachstehende Beschluß des Vollausschusses des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats München, der offenbar unter Eisners Einfluß gefaßt und an den Vollausschuss des Soldatenrats Berlin telegraphiert worden ist:

Der Vollausschuss des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats München entnimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der deutschen Republik mit Enttäuschung die unerbörte Tatsache, daß noch immer kompromittierende Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Solf, David und Scheidemann, entscheidenden Einfluß, besonders in der auswärtigen Politik ausüben. Wir verlangen die sofortige Beseitigung dieser konterrevolutionären Elemente und fordern den Soldatenrat Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeizuführen. Die weiteren solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt.

Dressfreiheit.

Der Rat der Volksbeauftragten hat sofort bei Uebernahme der Regierung vollkommene Dressfreiheit befürwortet. Es ist deshalb unzulässig, daß von A- und B-Käten oder irgendwelchen anderen Stellen in die Pressefreiheit eingegriffen wird.

Frauen in der Kommunalverwaltung.

Die Preussische Regierung hat unter dem 23. November d. J. folgendes angeordnet:

§ 1. In Mitgliedern gemischter städtischer Verwaltungsdeputationen können auch weibliche Personen bestellt werden, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, unter denen nach den geltenden Gesetzen männliche Personen das Bürgerrecht zusteht. Insofern nach den bestehenden Bestimmungen der Besitz des Bürgerrechts für männliche Personen an Haus- und Grundbesitz, Einkommen oder Steuerzahlung geknüpft ist, sind bei vorerwähnten weiblichen Personen diese Voraussetzungen auch dann als vorliegend anzusehen, wenn sie bei dem Ehepartner erfüllt sind. Im

übrigen sind Steuerzahlungen, Einkommen, Haus- und Grundbesitz der minderjährigen oder in elterlicher Gewalt befindlichen Kinder der Mutter anzurechnen.

§ 2. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Spartakus-Schwindel.

Falsche Anschuldigung gegen Ebert.

In einer Betriebsversammlung der Johannisthaler Luftverlehrsellschaft, die auf einen Bericht aus der Versammlung der Arbeitertribüne wartete, sprach gestern mittag Karl Liebknecht; selbstverständlich nicht über Betriebsfragen, sondern über die ihm eigentümlichen politischen Auffassungen. Dabei behauptete er, die Nachricht, daß Amerika nur dann Lebensmittel liefere, wenn in Deutschland Ordnung herrsche, kamme gar nicht aus Amerika, sondern sei von Ebert aufgebracht worden, der deswegen noch „zur Rechenschaft“ gezogen werden würde.

Dazu erklärt uns Genosse Ebert, daß er dieser „Abrechnung“ mit kühler Gelassenheit entgegenstehe, da es sich natürlich nur um einen aufgelegten Spartakus-Schwindel handle.

Marine-Vertreter im Vollzugs-Ausschuß.

Der General-Ausschuß der Marine (58er Ausschuß), der die gesamten Marineangehörigen der Ost- und Weststationen sowie der Flotte vertritt und auf demokratischer Grundlage gewählt ist, hat als Vertreter zum Vollzugsausschuß Groß-Admiral die Kameraden Göya, Meyer und Driesen gewählt.

Der Völkerverbundanwalt Churchill.

Ungehörte Seebornmacht und verstärktes Friedensheer.

London, 27. November. (Reuter.) Churchill sagte in einer in Dundee gehaltenen Rede, er sei ein von Hoffnung erfüllter und aufrechter Anwalt des Völkerverbundes, aber dieser solle kein Ersatz für die Vormachtstellung der britischen Flotte sein. Ferner erklärte er, daß keine deutsche Kolonie Deutschland jemals zurückgegeben werden werde, und ebenso kein erobertes Teil türkischen Gebietes der Türkei zurückgegeben werden solle.

Churchills Forderungen sagen kurz und bündig und sehr ohne jede Verschleiierung, was den britischen Imperialismus als Kriegsziel zu dem äußersten Aufwand an Blut und Geld anstachelte. Ueberraschend sind die Forderungen keineswegs. Wie aber werden die Länder der Allierten sich zu dem Völkerverbundprogramm Churchills verhalten, der die Seemacht Englands ungeschwächt innerhalb der Weltallians, die demokratisch sein soll, aufrechterhalten wissen will?

Der Imperialismus sorgt vor, daß die Arbeit der Friedenskonferenz mit Bündnistoff und brennender Lunte versehen ist.

Die Folgen der gewaltigen Eroberungen, die England aus dem Kriege zu ernten gedenkt, stellen sich mit logischer Promptheit ein. Sollandisch Newsbureau meldet aus London: Das englische Kriegsamt hat mitgeteilt, daß das britische Heer noch weiter ausgedehnt werden möchte. Die Stärke des Heeres vor dem Kriege genüge nicht zur Aufrechterhaltung der Garnisonen und des Kolonialheeres. Es wurde deshalb beschlossen, Männer von 19 bis 35 Jahren aus neue für eine zwei-, drei- und vierjährige Dienstzeit zu verpflichten.

Das sieht zwar aus, als sollte nur das alte Wehrsystem wieder aufgenommen werden, für das man willigste Fleisch in den jehigen Zwangsflotten Englands in Masse vorhanden glaubt. Insofern ist es eine Art verkappter Militarismus, und es verdient immerhin Beachtung, daß dieser Schritt der Verstärkung des lebenden Heeres mit solcher Eile getan wird. Vielleicht soll damit zur Beruhigung angedeutet werden, daß man nicht darauf ausgehe, das während des Krieges mit schwierigsten parlamentarischen und agitatorischen Operationen gewonnene militaristische System der allgemeinen Wehrpflicht beizubehalten. Jedenfalls fehlt es aber bisher an einem deutlicheren Reichen, daß das Verordnen, diese Wehrpflicht mit Kriegsschlus wieder aufzugeben, beschleunigt eingelöst werden wird.

Anruf an die Frauen.

Das Tor ist weit aufgetan. Und wir Frauen strömen herein, freimütig und Mächtig, Schwache und Träumende.

Am Tor soll aber ein Engel Wache halten mit Augen, die bis ins Innerste sehen und mit einer Stimme, die spricht: „Keine komme herein, der nicht in glühendem und oft vergewissertem Herzen alles Glend der Menschheit eigene Schuld, keine, der nicht das Blutgeschreien dieser Jahre zur Unruhe wurde auf Leben und Tod, und keine, der nicht aus Qual und Schuld ein heiliger Wille erwacht zu befreiendem Tun.“

Im Trümmern liegt die von den Männern allein erbaute Welt, die alte Welt der Macht und Gewalt. Nun seid Ihr berufen, begeben und verkommen, mit den Männern zusammen die neue Welt zu bauen, die Welt- und Liebeswelt.

Dos von den Männern geformte Werkzeug wird mit in Eure Hand gegeben. Nehmt es dankbar und voller Demut! Aber Euer Dank soll sein, daß Ihr keiner Lodung folgt, weder von rechts noch von links, daß Ihr keiner Gewalt Euch beugt, weder von rechts noch von links, Euch nicht blenden laßt vom falschen Glanz der „Realpolitik“.

Ihr seid nicht gerufen, damit mehr Parteien sich bilden, auch nicht, damit die alten Parteien härter werden. Ihr sollt nicht Schlämmarten dienen und nicht engen Parteiprogrammen. Sondern vom Geist der Liebe und der Freiheit und Gerechtigkeit, wie er in Eurem Herzen lebt, sollt Ihr zum Siege helfen und nicht wie er aus fremden Geboten spricht. Eurer Blutströme sollt Ihr folgen ohne Furcht vor Spott und Gewalt. Den Geist Eurer mütterlichen Liebe sollt Ihr frei strömen lassen ohne Damm und ohne Grenzen, sollt das Leben jeden Mannes und jeder Frau im Volke so gestalten, wie Ihr das Leben Eures eigenen Kindes gestalten wollt.

Schließt Euch zusammen zu einem neuen neuen Menschheitssozialismus. Werja Lass.

Filmpolitik.

Von Fritz Hansen, Berlin.

Die Kunst, vor allem die bildende, hat von jeher ihre eigenen Gesetze gehabt. Zu keiner Zeit aber war die Kunst mehr gezwungen, sich in den Dienst einer Sache zu stellen, als zu Zeiten revolutionärer Bewegungen, und kein gerechter Kritiker konnte den Künstlern Vorwürfe machen, wenn sie das Prinzip: „Kunst um der Kunst willen“ unberücksichtigt lassen und in ihren Werken lämpen und zu Idealen der Zeit Stellung nehmen.

In der Zeit ist ja auch in Zeiten, in denen sich alle Kräfte auf dem Gebiete des politischen Lebens konzentrieren, auch die Kunst niemals unartig gewesen. Das beweist am besten die große französische Revolution. Nachdem das alte Frankreich zur Republik geworden war und eine neue Zeit unter dem Aufbau

dieser neuen Welt. Vornehmlich war es das Theater, das sich zuerst den neuen Anschauungen anpahte, in denen man nach der Revolution nur Stücke spielte, die von der Zensur des Königtums unterdrückt waren. Genau so, wie das zum Teil auch in unserer Zeit geschieht.

Aber dem Theater ist heute im Kino eine Konkurrenz erwachsen, die geeignet ist, noch wesentlich eindringlicher auf die Massen zu wirken, wie es dem Theater möglich ist. Denn das Kino ist ja nicht mit Unrecht als das „Schauspielhaus des kleinen Mannes“ bezeichnet worden, wenigstens diese Bezeichnung heute schon nicht mehr zutrifft, seitdem die Lichtspieltheater in ihren Aufnahmen des Theater zu übertrumpfen suchen und dem Publikum literarisch kommen.

Die Bedeutung des Kinos für die Massen ist in der Kriegszeit von den Machthabern, die ein Interesse an der Kriegsbereitheit hatten, eifrig benutzt worden. Nicht nur, daß man für die Frontsoldaten die Reduktionen einführt und in den Lichtspieltheatern in Deutschland das Publikum durch Vorführung von kinematographischen Aufnahmen kriegerischer Vorgänge die Vereinerung für den Krieg aufzuwecken suchte, auch zu politischer Propaganda haben die Machthaber des alten Systems den Film während der Kriegszeit benutzt. Allerdings ist man dabei wesentlich ungeschickter verfahren, als das schon vor dem Kriege in Frankreich gesah. Denn dort hat man es sich schon zu einer Zeit angelegen sein lassen, den Film in den Dienst der politischen Propaganda zu stellen, als in Deutschland diese Art der Propaganda noch unbekannt war.

Das spricht aber nicht dagegen, daß jetzt der Film in den Dienst der sozialistischen Propaganda gestellt wird. Der Anfang dafür, wenn auch in anderer Form, wurde ja schon früher gemacht, zu einer Zeit, als der Bildungsanspruch der deutschen Sozialdemokratischen Partei Projektionsabendveranstaltungen. Dabei handelte es sich aber um die Vorführung von Diapositiven, also um feststehende Projektion mit Gefäutungen. So lehrreich diese Art von Projektionsvorträgen ist, für die große Masse können sie an Wirkung nicht mit den Kinovorstellungen mithalten. In der Gemeinverständlichkeit liegt die Massenwirkung, die Einwirkungsstärke kinematographischer Vorführungen. An geeigneten Filmmotiven. Die hier der sozialistischen Propaganda nützen können, ist natürlich kein Mangel. Ich entsinne mich noch heute der Massenwirkung, die vor mehr als 25 Jahren meine Vorführungen lebender Bilder aus der französischen Revolution, der Zeit des Sozialistengesetzes usw. ausübten, und damals war die Technik jetzt so vollendete Kinematographie noch völlig unbekannt. Wenn man jetzt die Bilder aus der französischen Revolution, die Bilder aus den 12 Jahren des Sozialistengesetzes und anderes mehr in gut gewählten kinematographischen Filmen vorführen würde, so müßte der Eindruck auf die Massen ein ganz anderer, wesentlich nachhaltiger sein. Man könnte ja einwenden, daß diese Vorführungen tendenziell wären, aber das waren die Kinofilme, die zur Agitation benutzt wurden, auch und sie richteten keineswegs Unheil an, während die sozialistische Tendenz dahin geht, die Trennungswand zwischen den Menschen niederzureißen, den Frieden und der Gerüderung auf Erden das Wort zu reden. Auch die katholische Kirche hat mit Rudolf gleichfalls hervorgehoben, es vorzüglich verstanden, den Film

in den Dienst ihrer Agitation zu stellen, ja dafür eine besondere Zeitschrift („Bild und Film“) und das großzügig geleitete Münchener Stadtbücher Institut geschaffen.

Für die sozialistische Agitation wäre der Film zweifellos von größter Bedeutung, nur müßten es andere Filme sein als „A. W. Reinwald Rastalle“, der weder in der Menge noch im Spiel auf der Höhe steht. Der große Mann wird dadurch für die, die wenig aber gar nicht von ihm wissen, nur verkleinert, und nicht wenig in diesem Film von der geistigen Größe des Mannes, der dem Sozialismus die Bahn wies. Wenn dieser Film einen Gewinn von 400 000 M. einbrachte, so ist das ja kein Beweis für seine Güte. Es war eben ein „Schlager“, schon der Titel so. Danach läßt sich aber ersehen, was mit einem wirklich guten Film in dieser Richtung zu machen wäre. Hier bietet sich ein dankbares Feld für ein Zusammenarbeiten zwischen Kennern der Bortragedichte und Filmkritikern und Regisseuren. — Ob allerdings das Bild- und Filmmotiv die geeignete Stelle ist, um solche sozialistischen Agitationsfilme herauszubringen, erscheint fraglich. Der privaten Initiative wäre in dieser Richtung wesentlich mehr zuzutragen. An Stoffen für gute sozialistische Filme, die auch von kulturellem Wert sind, fehlt es wirklich nicht.

Georg Kaiser: „Der Brand im Opernhaus“.

Reines Schauspielhaus.

Das bereits in Hamburg und sonstwo aufgeführte „Nachtkind“ des fruchtbarsten und talentierten Georg Kaiser hat in Berlin weniger Eindruck hinterlassen als bei der Hamburger Uraufführung (worüber hier berichtet wurde). Wir haben jetzt andere Interessen. Die zugespitzte und aufgeweckte Liebesaffäre eines vom Sinnenstolz zur Leidenschaft bekehrten Aristokraten des 18. Jahrhunderts würde und soll lassen, selbst wenn sie noch inszenierter geboten würde — etwa in einem Sinfoniehaus, und dem nur eine Person gerettet wird), die Komplexität der Psychologie (ein doppelter Gefühlskollaps), die forcierten Autoten, die erotischen Aneddoten täuschen über die innere Dürftigkeit nicht hinweg. Das Opfer, das die untreue, dann verlassene und nun von neuem entflammte Geliebte bringt — sie stürzt in das brennende Opernhaus zurück, um in seinem Schicksal fortzuleben —, wirkt nicht überzeugend und die Beschwörung von Altes Vorbild bleibt literatur.

Der Hintergrund des Brandes wurde in der Aufführung nicht lebendig. Decaris Aristokrat blieb trotz aller Aufwands an Ueberzeugungstruppe und Johanna Terwind konnte wohl entzücken, aber nicht rühren.

Notizen.

— Musikant. Der dritte Kammermusikabend des Rinalter-Quartetts findet nunmehr am 30. November in der Singakademie statt.

Tagung der Groß-Berliner Arbeiter-Räte.

In den Vormittagsstunden wurde am Mittwochvormittag um 10 Uhr eine Tagung der Groß-Berliner Arbeiter-Räte eröffnet, die sich mit den wirtschaftlichen Fragen innerhalb der Betriebe und der Stellung der Unternehmer beschäftigte. Der Vorsitzende Emil Barth leitete die Beratung mit einem ausführlichen Bericht ein, worin er mit rückhaltloser Offenheit und Deutlichkeit sich über die wirtschaftliche Lage äußerte.

Wenn es so weitergeht, wie es in der letzten Woche gegangen ist, sind wir mit unserem Leben zu Ende. Aus dem Gebiete der Ernährung haben wir vor ungeheurer Schwierigen Aufgaben. Das Kriegsernährungsamt hat förmlich eine Panzerpolitik betrieben. Noch schlimmer liegt es auf dem Gebiete der Wirtschaft. Die Kohlenförderung ist in den letzten 4 Wochen

auf weniger als den 4. Teil des Friedensbedarfes heruntergegangen. Trotzdem wurde in Oberschlesien genehmigt, obwohl selbst die habsbuckhaken Forderungen bewilligt wurden, sind die Leute zum Teil nicht einzugetrieben; wenn wir aus Oberschlesien die schwarzen Diamanten nicht mehr bekommen, dann ist in 14 Tagen Gas und Elektrizität außer Betrieb. Wenn wir nicht feuern können, können wir überhaupt nichts produzieren. Ebenso schlimm ist es in der Transportfrage. Was uns an rollendem Material noch der in den Waffensstillstandsbedingungen geforderten Menge an die Entente noch verbleibt, muß in der nächsten Zeit zum größten Teil noch für die Demobilisation des Heeres verwendet werden. Auch im Osten steht noch ein Heer, das um Hilfe bittet, um nicht an der Veresina zugrunde zu gehen. Deshalb müssen Transportmittel mit Konsumtion aller Kräfte hergestellt werden. Heute fällt auch die Entscheidung über die Raketen-Armee. Voraussichtlich wird der größte Teil von ihr den Heimweg in Rußland zurücklegen. Ein englisches oder französisches Kontingent wird vielleicht die Führung bis zur Grenze übernehmen. Sieben bis acht Millionen Menschen leben in den Produktionsprovinzen. Neben dem Frieden müssen wir Arbeit und Brot bringen, sonst können wir nicht behaupten Experimente einzelner Gruppen haben nicht geduldet werden. Der Sozialismus muß großartig zu Werke gehen, organisch aufbauen, alle Teile müssen sich einordnen und unterordnen, damit das Haus vom Fundament bis an die Dachspitze wohnlich wird. Wir können nicht Millionen arbeitslos auf dem Pflaster liegen lassen. Wo sollen die Arbeiter für die Erwerbslosen-Unterstützungen herkommen? (Zuruf: Kapital abnehmen!) Wie stellen Sie sich das Kapital vor? Selbst wenn wir alles restlos sozialisieren und selbst die Schaufel als Produktionsmittel verstaatlichen, haben wir nicht von heute auf morgen Geld. Zur Durchführung der Sozialisierung gehört ein organischer und klar durchdachter Plan. Wenn jetzt einzelne Erwerbsgruppen ohne Rücksicht auf die anderen vorgehen,

so richtet sich der Kampf nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern gegen die sozialistische Republik.

Genauso wie wir von der Arbeiterschaft ein organisches Einverständnis im Interesse des Sozialismus verlangen, so verlangen wir aber auch ein restloses Einverständnis der Unternehmer, ohne Rücksicht auf den eigenen Nutzen. (Lebhafte Zustimmung!) Wenn uns Sabotage der Unternehmer nachgewiesen wird, so werden wir mit der Entziehung des Eigentums antworten. (Zustimmung.) Das ist dann ein Akt der Roten Revolution der sozialistischen Republik. Dann wird ohne Entschädigung expropriert! (Zuruf: Was ist es mit der Hege gegen die Arbeiter und dem Übergang der Presse?) Wir haben doch die Pressefreiheit, die wir solange gefordert haben, und die wir jetzt den anderen zubilligen. Wenn wir die Pressefreiheit aufheben, würden wir uns selbst ins Gesicht schlagen. Der Staatssekretär des Demobilisationsamtes Roeth hat erklärt, daß wir innerhalb des Monats den notwendigen Rohstoffen versehen seien. Jetzt stellt sich heraus, daß es sich nur um 25 Proz der Materialien handelt, die dem Unternehmer 1913 zur Verfügung standen; es reicht nur auf 1 1/2 Monate.

Wenn das Rohmaterial zweckmäßig verwertet wird, können für die erforderlichen Transportmittel sofort Hunderttausende beschäftigt werden. Auf dem Lande müssen die Rittergüter sozialisiert werden. Dazu brauchen wir Wohnungsbau auf dem Lande und wirtschaftliche Maßnahmen.

Alle diese Probleme können nur durch Kohle, Nahrungsmittel und bei voller Disziplin der Arbeiterschaft bewältigt werden.

Wenn die Revolution nur eine große Lohnbewegung gewesen sein soll, dann ist die Sache zu Ende.

(Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir in den nächsten Monaten nicht die erforderlichen Nahrungsmittel bekommen, wird Deutschland bis zur nächsten Ernte durch Hungertypus verödet sein. Deutschland braucht Kohle und kann sie nur erhalten durch sofortigen Abschluß des Realinarktvertrages. Die Arbeiter müssen sich jetzt der Notwendigkeit fügen. Schon ist die Gegenseite am Werk, um der Revolution den Garaus zu machen. Der Feind steht vor den Toren. Schon haben einzelne Generale das Tragen von roten Abzeichen verboten und einige Arbeiter- und Soldatenräte aufgelesen. (Zuruf: Hört!) In Kenner ist der A. und S. hat verhaftet worden. Darum müssen wir geschlossen und einträchtig handeln. Wir brauchen auch noch Munition. Wir sind nicht feige genug, um ruhig zuzusehen, wie ein General mit einer Prätorianergarde die Revolution niederschlägt. (Lebhafte Zustimmung.) Das Völkertum zeigt jetzt, daß es keine große Aufgabe erfüllen kann. Sollte ein General jemanden an die Wand stellen, weil er für das Leben des Volkes gewirkt hat, dann wird rückhaltlos mit gleichen Mitteln vergolten werden. (Erneuter Zuruf.) Um Memelur zu schaffen, haben wir im Kabinett sofort die

Vertagung der Obersten Heeresleitung nach Berlin verlangt. Ferner müssen sofort alle Erlasse, die das Tragen von roten Abzeichen verbieten, rückgängig gemacht, und schließlich soll der General Eberhard sofort zur Disposition gestellt werden. (Zuruf: Verhaften!) Die Oberste Heeresleitung will über unsere Forderungen beraten, General Gröner hat aber bereits erklärt, daß er sich selbstverwundlich dem Kabinett fügen werde.

Darf nun in einer solchen Zeit das Produktionsleben stillgelegt werden? Ist jetzt die Frage, ob Lohn- oder Arbeitszeit die Hauptfrage? Das wäre eine Kurzsichtigkeit, die ihrerseits nicht mehr gestrichen werden. Arbeiterentlassungen dürfen nicht erfolgen, wenn die Arbeitszeit für die Allgemeinheit auf 4 Stunden herabgesetzt ist. Die vierstündige Arbeitszeit wird für die Übergangszeit die Normalarbeitszeit sein. Nur wenn die Arbeiter rückhaltlos bis zum Äußersten gegen jeden Feind zusammenstehen, können wir über die jetzige Misere hinwegkommen. Nur dann können wir die wahre, von jedem Außenstehenden beneidete, vollständig ausgearbeitete deutsche sozialistische Republik erreichen. (Zustimmung.)

Es folgen die Ansprachen der Abordnung.

Ein Vertreter der vieler revolutionären Bewegung. Er sagt u. a.: Nur bei Einigkeit aller Arbeiter können wir über die jetzigen Zustände hinwegkommen.

Otto Thier überbringt die Grüße des 66 Ausschusses der Marine. Er erklärt, daß der Zentralrat der Marine die Regierung unterstützen werde, die dem Willen sei, auf der Grundlage der sozialistischen Republik energisch zu arbeiten. Bisher

ist von der Regierung für den Ausbau der Soldatenräte noch nichts getan. Wir sind auf der Wacht gegen reaktionäre Generale. Wir wollen mit Berlin solidarisch zusammenarbeiten. (Zuruf: Beifall.) Es folgt die Ansprache. Auf Antrag von H. Müller wird die Redezeit auf 10 Minuten festgesetzt.

Als erster ergreift das Wort das Mitglied des Journalistenrats Dr. Michaelis. Er dankt dem Vollzugsausschuß für die Erklärung, daß Hand- und Kopfarbeiter gleichberechtigt zusammenarbeiten sollen. Auch die Angehörigen der Presse halten es für töricht, sich jetzt von der Arbeiterbewegung fernzuhalten. Gerade den Angehörigen ist es im Kriege besonders schlimm ergangen, vielleicht noch schlimmer als den Handarbeitern.

Eisenbahnarbeiter Geisler wendet sich gegen Verkündungen der Eisenbahnarbeiter in der Presse und versichert, daß die Eisenbahnarbeiter stets ihre Pflicht im Betriebe getan haben und auch ferner für ordnungsmäßige Fortführung des Betriebes sorgen werden.

Stauch tritt dafür ein, daß die Streitigkeiten zwischen Angehörigen beider sozialdemokratischer Parteien aufhören. Er schiebt auf der äußeren Linie, könne aber den Streit nicht länger mit ansehen.

Das Mitglied der Leipziger Abordnung Schaefer erklärt, daß die Leipziger Arbeiter mit der Tätigkeit des Berliner Vollzugsausschusses in den wirtschaftlichen Fragen nicht zufrieden sind. Bei uns ist die Produktion in der Nahrungindustrie sofort stillgelegt worden. Es ist ein Verbrechen, wenn man jetzt noch Rohstoffe für Kriegszwecke verwendet. (Zuruf: Beifall.) Leider wirft man uns von Berlin Knüttel zwischen die Füße. Wir haben in Sachsen ein Gesetz erlassen, wonach die Arbeiterentlassungen sofort rückgängig zu machen sind. (Zuruf: Beifall.) Dagegen ordnet das preussische Kriegsministerium an, daß unsere Verfügungen nicht beachtet werden sollen. Dem preussischen Kriegsministerium muß man ganz gehörig auf die Finger sehen, damit es für die deutsche Arbeiterschaft tätig ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Beiß: Wenn wir den von West und Ost zurückkehrenden Kriegern weiter auch keine Hilfe bringen können, so können wir ihnen wenigstens beweisen, daß wir die am Kriegsausbruch Schuldigen einzusperren verstehen. (Lebhafte Zustimmung, Zuruf: Auch Seidemann, David.) Die erste sozialistische Maßnahme muß die Zerlegung des Grundbesitzes sein. Die U.S.G. könnte jetzt Pläne zur Ausführung bringen, das Rohmaterial ist vorhanden, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, sie will es aber nur dann, wenn ihr die Stadt 15 Millionen für zur Verfügung stellt. Wir müssen jetzt ein abschreckendes Beispiel geben.

einen General erschießen, einen Kapitalisten enteignen. (Große Unruhe, Zwischenrufe.) Selbstverständlich können wir nur heute erschießen, die einen verdröhen haben.

Reumann: Am meisten hat uns die Tatsache erregt, daß den Gewerkschaften die Vollmachten zur Verhandlung mit den Unternehmern übertragen worden sind. In vielen Betrieben waren unsere Forderungen fast restlos angenommen, als auf einmal die Bekannmachung erfolgte, worauf die Direktoren ihre Zugeständnisse rückgängig machten. Warum wollen die Unternehmer durchwegs mit den Gewerkschaften unterhandeln? Weil sie im Kriege am besten mit ihnen gefahren sind und weil ihnen die Arbeiterräte ein Dorn im Auge sind.

Wohl vom Akkumulatorenwerk Oberschöneweide schildert die Lageverhältnisse in diesem Betriebe und wendet sich gleichfalls gegen die Übertragung der Vollmachten auf die Gewerkschaften. Die Direktion des Betriebes hat sofort die vierstündige Arbeitszeit eingeführt, um die ihr nicht annehmen Arbeiter entlassen zu dürfen. Jetzt will die Direktion das Werk in 8 Tagen stilllegen. Was sollen wir dagegen tun? (Zuruf: Enteignen, den Direktor verhaften!)

Wohle: In der Firma Nibel-Werk sind genau dieselben Verhältnisse mit den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben und immer vor jenigen Tatsachen gestellt. Die Direktion findet jetzt bei den Gewerkschaften einen Rückhalt und will unsere Forderungen nicht erfüllen. Wir dagegen finden keine Stütze bei den Gewerkschaften. (Lebhafte Zustimmung.)

Watz (Bankbeamter). Die Sabotage der Arbeitgeber ist bereits im vollen Gange. In der Kommerz- und Diskontobank hat man den Arbeiterräten verweigert, ihnen Zeit zu geben, um ihren Obliegenheiten nachzukommen. Glauben die Herren Bankdirektoren, daß die Bestimmungen, die für die Arbeiterräte der Industrie gelten, für das Bankgewerbe keine Geltung haben; es ist notwendig, daß eine Exekution angesetzt wird, die in der Lage ist, diejenigen Unternehmern, die sich den Bestimmungen nicht fügen wollen, zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, den Vollzugsrat zu beauftragen, die den Gewerkschaften übertragene Vollmacht wieder zurückzunehmen.

Diecher spricht namens der Angestellten des Reichskommissars für die Kohlenverteilung. Mit der Kohle sieht es traurig aus. Außer den Streiks haben wir Ausfälle durch die uns verloren gegangenen Kohlengebiete in den vom Feinde besetzten und neutralen Gebieten. Auch die böhmische Braunkohle ist ausgefallen. Für alle diese Ausfälle müssen Ausgabegeld und Oberschlesien ausbezahlt werden. Wenn wir vor einigen Tagen noch eine Transportlinie hatten, so können heute die wenigen Transportmittel, die die Eisenbahn stellen kann, nicht beladen werden, weil es an der nötigen Kohle fehlt. Es tut mir von Herzen weh, wenn ich sehen muß,

daß die deutsche Arbeiterschaft sich selbst ihr Grab gräbt, indem in den Kohlenrevieren gestreikt wird. Wir gehen in Deutschland in kürzester Zeit einer Katastrophe entgegen. Wenn die Streiks nicht aufhören.

Laukant: Den Gewerkschaftsbeamten, die innerlich die größten Feinde von uns sind, kann man nicht solche Bestimmungen in die Hände geben, wie es geschehen ist. Deshalb bitte ich den Antrag Reumann anzunehmen, daß wir die Kontrolle übernehmen. Der Redner gibt Einzelheiten aus seinem Betriebe der Firma Schwarzlopp bekannt.

Rag Cohn: Die Gewerkschaften müssen der neuen Richtung Konzessionen machen oder sie verschwinden. Ich glaube auch, daß die Gewerkschaften bereit sind, von diesem neuen Geist etwas in sich aufzunehmen. (Widerspruch.) Darum bitte ich,

diese Gewerkschaften nicht anzuführen, sondern mit uns dahin zu arbeiten, daß sie mit neuem Geist erfüllt werden. Hatten sie nicht päpstlich Verhältnisse wie den, daß die Vollmachten, die den Gewerkschaften gegeben wurden, zurückgegeben werden. Die Sozialisierung ist nicht so einfach. Eigner teilte mit, daß der bayerische Finanzminister Jaffe, einer der radikalsten Wirtschaftspolitiker, auch der Meinung ist, daß die nachfolgende Verstaatlichung der Bank in den Augenblick nicht bevorstehend werden kann, weil wir auf einen Milliardenbetrag von Ausland anzurechnen sind. Was hier in Berlin geschieht, wirkt auf das Reich. Wenn hier zu Produktionsdemissionen und Streiks geführt wird, weil nicht alle Wünsche erfüllt werden, so wird man es im Reich mit der Kohle nachmachen. Es darf nicht ohne weiteres die Produktion stillstehen, weil Forderungen nicht erfüllt werden. Die wichtigste Aufrechterhaltung der Produktion ist, daß aus den Erndungschwierigkeiten hervor. Bei geordneter Wirtschaft können wir ein paar Monate von der neuen Ernte leben, aber wir kriegen nicht ein Lot von der Entente, wenn wir nicht aus dem Chaos herauskommen, denn die Entente wird sagen: Wenn die Leute jetzt mit der neuen Ernte nicht aufkommen, so liegt das an der Delegation, und wenn wir auch nur einen Heutner Getreide hineinschicken, würde er genau so verschluckt. Ich persönlich würde sofort für sozialistische Experimente sein, wenn wir in einem Lande leben, das mit Rohstoffen gefüllt wäre. Jetzt geht das nicht. Die Sozialisierung ist ein Entwicklungsprozess.

Wirtschaftliche Unordnungen können wir nicht mit dem Pawsonett erzielen. Das russische Beispiel zeigt es. Die bolschewistische Methode hat versagt, das Land produziert nicht, das Land hungert. Einwärts hat vor kurzem gesagt, daß in den nationalisierten Betrieben das ganze Produktionsergebnis nur die Hälfte der alten Lohnsumme beträgt, daß es so nicht weiter gehen könne. (Zuruf: Das kann man doch besser machen!) Aber nicht durch Diktat. Es liegt in der Hand der deutschen Arbeiter, ob wir in Deutschland in ganz kurzer Zeit die Arbeiterräte haben oder ob wir Deutschland zu neuem blühendem wirtschaftlichem Leben erwecken. (Zuruf: Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Zum Worte gemeldet waren noch H. Reber. Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Reich, Mueller führt im Schlußwort aus: Den Freunden aus Leipzig möchte ich erwidern, daß wir das Bestreben, daß kein Kriegsmaterial mehr hergestellt wird, unterstützen.

Wenn man über die wirtschaftlichen Zustände entscheiden will, muß man die politischen berücksichtigen. Die Arbeiter und Soldaten haben die Revolution gemacht, um jede Ausbeutung des Volkes durch den Menschen unmöglich zu machen, d. h. daß die Produktion im Interesse des Profits jetzt aufhört. Alle geschaffenen Werte müssen von jetzt an der Allgemeinheit zugewandt werden. Mit dieser Tatsache müssen sich auch unsere Unternehmer abfinden. Wir müssen fordern, daß die Arbeiterschaft die Kontrolle über die Unternehmung ausübt, daß der gesamte Geschäftsbetrieb der Unternehmung unter die Kontrolle der Arbeiterschaft gestellt wird. Die Unternehmer müssen ohne jeden Widerstand die Vertreter der Arbeiterschaft als gleichberechtigte Partner im Produktionsprozess anerkennen. Die Arbeiter müssen auf der anderen Seite alles unterlassen und dürfen keine Forderungen stellen, die den Produktionsprozess lähmen oder gar zerstören. Es wird sehr bald dahin kommen, daß

abstruierende Unternehmer enteignet werden. Wir haben eine ganze Reihe Klagen vor uns liegen, wo wir von diesem Mittel Gebrauch machen möchten. Das wird natürlich ein ungeheures Gebot der bürgerlichen Presse hervorufen.

Wir können in den Produktionsapparat nicht mit den radikalen Diktatoren eingreifen. Die schwierigste Frage ist die: Welche Körperschaft ist berufen, die Sozialisierung der Produktionszweige in die Wege zu leiten. Der Vollzugsrat konnte sich mit dieser Frage nicht beschäftigen. Auf und Ab ist alles bereit. Deshalb laien wir zu dem Entschluß, den freien Gewerkschaften diese Aufgabe zu übertragen. Keine Stellung zu den Führern der Gewerkschaften kennen Sie ja. Wenn ich trotzdem diesen Vorschlag machte, so aus dem Grunde, weil es gar keine andere Körperschaft gibt.

Der Redner bespricht sodann die letzte Bekannmachung über die Betriebsräte. Sollten die Unternehmer diese Betriebsräte nicht anerkennen, dann muß dieser Widerstand gebrochen werden, dann müssen wir die stärksten Mittel anwenden. Wir können und werden unsere Macht, die wir durch die Revolution erzwungen haben, ausnützen. Der Profit hört jetzt auf. Die technischen und kaufmännischen Leiter werden sich sehr bald mit uns verständigen. Was aus den Aktionären wird, soll uns ganz gleichgültig sein. Wir haben weiter erklärt, die Sozialisierung darf nur systematisch und organisch in Berücksichtigung der gesamten inneren und äußeren politischen Verhältnisse vorgenommen werden. Wir können nicht von heute auf morgen den ganzen kapitalistischen Betrieb in sozialistischem Sinne umgestalten. Das bedeutet die vollständige Zerstörung der Produktion.

Die Frage der Affordar bei kann gegenwärtig grundsätzlich nicht geregelt werden; die muß bis zum Wiederaufbau einer geordneten Wirtschaft zurückgestellt werden. Wir können nicht einfach betrieblern; von morgen an gibt es keine Affordararbeit mehr. Damit würden wir den ganzen kapitalistischen Großbetrieb, der auf dem Affordarismus beruht, lähmen.

Die Bestimmungen über die Arbeiterräte sind noch nicht klar. In den von Ihrer Heereskommission und vorgelegten Bestimmungen heißt es: Die Mitglieder des Arbeiterrats sind in den Betrieben, für die sie gewählt sind, den Geschäftsführungen als gleichberechtigt beizutreten. Dieser Satz besagt alles andere. Wenn der Vollzugsrat diese Bestimmungen annimmt — wir haben noch nicht darüber beschlossen — dann haben

die Arbeiterräte Sitz und Stimme im Direktorium. Wir haben das ja bereits in maßgebenden Betrieben. Die Sache hat sehr gut geklappt. Bei dieser Tätigkeit im Direktorium werden die Arbeiterräte auch sehr bald mit den Fragen vertraut, denen sie heute noch fremd gegenüberstehen, und die Überleitung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft wird dadurch ermöglicht. (Zustimmung.)

Es ist nun beantragt, den Gewerkschaften die ihnen übertragene Vollmacht wieder zu nehmen. Das geht nicht. Die Gewerkschaften brauchen wir. Der Widerspruch richtet sich ja auch nur gegen die Führer. Wenn wir aber ohne weiteres aus diesem Apparat die Führer hinausbugeln, lauten wir Gefahr, daß auch dieser Apparat nicht mehr funktioniert. Die Arbeiterschaft aber darf keine Forderungen stellen, das wiederhole ich nochmals, die die Produktion lähmen. Wirken Sie auf die Kollegen, die heute die Arbeit bereits niedergelegt haben, daß sie zunächst die Arbeit wieder aufnehmen. Wir müssen langsam, aber sicher unserem Ziele zustreben. (Zuruf: Beifall.)

Wredow bedauert, daß keinem Vertreter der Gewerkschaften Gelegenheit gegeben ist, die erhobenen Angriffe abzuwehren. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird abgelehnt. Der weitestgehende Antrag, daß den Gewerkschaften jede Vollmacht genommen werden soll, wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Der Antrag, wonach der Gewerkschaftsausschuß eine Kommission aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten beizugeordnet werden soll, und die Vorschläge für diese letztere Kommission von der Heereskommission ausgearbeitet werden, wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Ein Antrag, den freilich Kollegen zu raten, die Arbeit in den Betrieben wieder aufzunehmen, zuzustimmen, wird lebhaft Unruhe hervor. Der Antrag wird zurückgezogen.

Surz nach 8 Uhr nachmittags schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Vollversammlung der Soldatenräte.

Die für Donnerstag einberufene Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte findet nachmittags 4 Uhr im großen Sitzungssaal des Reichstages statt. Tagesordnung: 1. Präsenzliste, 2. Bericht des Bureau, 3. Bericht des Vollzugsrats, 4. Nationalversammlung. Der Vollzugsrat hat kein Erscheinen zugelassen, um sich zu den wichtigsten Fragen zu äußern, die ihm durch das Bureau der Soldatenräte Groß-Berlins vorgelegt wurden.

Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Freitag, 20. November, 10 Uhr vormittags, findet im großen Saal des Reichervereinshauses eine Versammlung aller Arbeiterräte Groß-Berlins statt. Die Tagesordnung wird demnächst bekanntgegeben.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins. J. A.: Franz Büchel, Paul Reumann.

